Februar 2016

Garten+ Landschaft

Zeitschrift für Landschaftsarchitektur

Stadt | Begegnung | Vielfalt

Es geht um alle

2015 flohen Hunderttausende aus Kriegsgebieten nach Deutschland. Viele Architekturfakultäten arbeiten jetzt an Wohnlösungen und kultivieren so das Bewusstsein, dass die Art der Bauqualität über Möglichkeiten des Ankommens und der Integration mit entscheidet. Welche Rolle dem Frei- und öffentlichen Raum hier zukommt, wird dagegen noch zaghaft diskutiert. Welche Ansätze für eine Debatte über eine zukunftsweisende Raumkultur gibt es?

picture alliance, Gert Eggenberger, Apa, picturedesk.com

Flavia Alice Mameli und Andra Lichtenstein

Der aktuelle Flüchtlingszustrom bietet die einmalige Chance, ein neues Zukunftsbild der Stadt zu entwerfen und in dieser akut katalytischen Situation auch tatsächlich umzusetzen. Mit Wohncontainern weitab vom Stadtzentrum, Augéschen Nicht-Orten und damit zukünftigen Banlieues, Slums und Gettos wird das aber nicht gelingen. Es sind planerisch und bauwirtschaftlich nachhaltige und gesellschaftlich zukunftsfähige Konzepte nötig, die dem hastig aufgestellten Container, der standardisierten Minimal-Lösung etwas Tragfähiges entgegensetzen. Der Auftrag geht natürlich in Richtung Architektur – auch. Landschaftsarchitektur und Stadtgestaltung sind aber mindestens in gleichem Maße angesprochen. Darauf weist auch BDLA-Vizepräsidentin Irene Burkhardt hin: „Ein ‚Dach über dem Kopf' für Flüchtlinge ist zweifelsohne kurzfristig wesentlich, aber mittelfristig eben nicht ausreichend."

Aber wie gelingt grüne Lebensqualität in Städten, in denen die Fläche begrenzt ist und öffentliche Gelder knapp sind? Die hohe Zahl an Flüchtlingen, die 2015 nach Deutschland gekommen ist, und die Bereitstellung der nötigen Unterkünfte für Asylbewerber stellt für viele Kommunen, besonders in Ballungszentren mit ohnehin angespanntem Wohnungsmarkt, eine Herausforderung dar. Flächenpotenziale sind hier entweder nicht vorhanden oder müssen erst in langen Prozessen verhandelt und entwickelt werden. Der Ruf nach einer gekonnten Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus liegt nahe. Umso mehr gilt es, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. „Wir sollten neben innovativen Wohnstrategien vor allem auf soziale Mischung, Integration von städtischer Infrastruktur und auch auf die architektonische Gestaltung achten. Wir brauchen nachhaltige Strategien im besten Sinne, denn diese Lösungen sind für 80 Jahre projektiert", so Simon Takasaki und Peter Haslinger, Architekten und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Hannover. Nachverdichtung in Städten sei ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung, sowohl um den Bestand der Städte positiv weiterzuentwickeln, als auch um das Wohnproblem in den Griff zu bekommen.

Alte Debatte neu belebt

Die in München lebende Stadtplanerin und Professorin Sophie Wolfrum sieht in der Debatte über Wohnungsnot eine Aktualisierung eines lange existierenden, großen Problems. Dieses zu lösen sei auch ohne die Frage nach dem zusätzlichen Wohnbedarf für anerkannte Flüchtlinge notwendig. Wolfrum hofft, „dass jetzt eine große Wohnungs-

Flüchtlinge kommen aus Slowenien am Bahnhof in Villach, Österreich, an. Sie reisen weiter nach Deutschland.

Paul Kranzler

In Magdas Hotel in Wien arbeiten Flüchtlinge und Hotellerie-Profis zusammen. Die Gartengestaltung übernahm 3:0 Landschaftsarchitektur.

bauoffensive in Gang kommt, die den für München prognostizierten Einwohnerzuwachs von 300 000 Menschen in zehn Jahren behausen kann" (*siehe Seite 20*).
In der Mitte und im Norden Deutschlands wird es schon konkret. Die erste Brandenburger Integrationskonferenz, initiiert durch die Landesregierung und das neu gebildete „Bündnis für Brandenburg", debattierte im Dezember über die Perspektiven der Integration. In verschiedenen Kommunen Brandenburgs wie in Cottbus, Rheinsberg und an zahlreichen weiteren Standorten wurde der Abriss leer stehender Gebäude im Herbst 2015 gestoppt – man ist stattdessen auf Sanierung umgestiegen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat Ende November 2015 den „Grundstücksgipfel" ins Leben gerufen. Er stellt den Start einer landesweiten Flächenmobilisierung innerstädtischer Brachen dar, „womit ein wichtiges Ziel, der Vorrang der Innenentwicklung, offensichtlich bestehen bleibt", so der 2. Vorsitzende der BDLA-Landesgruppe, Christian Jürgensmann. Der NDR berichtete bereits im September über den Bau eines neuen Quartiers in Hamburg-Bergedorf: 4 000 Flüchtlinge sollen in insgesamt 780 Wohnungen bis Ende 2016 untergebracht werden – sozialer Wohnungsbau nicht nur für eine Familie, sondern zwei Familien pro Wohnung. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in Hamburg dazu: „Wir erleben an vielen Stellen, dass die Menschen sagen: ‚Gerne darf das alles passieren, aber nicht bei mir in meiner Umgebung und in meiner Nachbarschaft.' Deswegen werden wir von Beginn ein Quartiersmanagement haben und in der Behörde ein Anforderungsprofil für all diese Flächen im Hinblick auf die sozialräumliche Integration erarbeiten."

Freiraumgestaltung als Präventionsarbeit

Der Neubau ganzer Stadtquartiere ist bisher allerdings noch eher die Ausnahme. Meist mieten oder kaufen Kommunen Räume und Flächen oder beschlagnahmen diese sogar. Dies geschieht bislang im Einvernehmen mit den Eigentümern, wobei Hamburg und Bremen sich das Recht vorbehalten, notfalls auch gegen deren Willen handeln zu können. Sophie Wolfrum sieht diese Entwicklung zumindest für München zweischneidig: „Die Umnutzung leerstehender Gebäude kann in einigen Innenstädten die gebotene Strategie sein. Dafür spricht, dass man für Notunterkünfte nichts bauen muss, um sie dann wieder zu vernichten. Eine Zwischennutzung oder Umnutzung ist da ressourcenschonender. Dagegen spricht, dass Eigentümer der Immobilien in den prosperierenden Städten ihre Neubauprojekte aufschieben, um zwischendurch noch mal sehr gut mit ihren abgewirtschafteten Immobilien zu verdienen." Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur, fordert ebenso Umsicht bei den Nutzungsentscheidungen und vor allem Weitblick: „Wir brauchen qualifizierte Provisorien, die für drei bis fünf Jahre ausgerichtet sind. In der gewonnenen Zeit muss parallel an einem nachhaltigen Wohnungsbau gearbeitet werden, der selbstverständlich gut gestaltet ist, aber auch alle Integrationsnotwendigkeiten und Wohnfolgen beachtet und der vor allem allen Teilen der Gesellschaft zur Verfügung steht. Was wir auf keinen Fall brauchen, sind ‚Panikkäufe' ungestalteter Angebote von Bauträgern, die versprechen, die schnelle Unterbringung sowie spätere Umwidmung zu sozialem Wohnungsbau sicherzustellen. Diese hybriden Ausbaukonzepte zur Sofortunterbringung von Flüchtlingen und späterem (sozialen) Wohnungsbau – obwohl im Ansatz gut gemeint – sind zwar machbar, werden in guter Qualität aber die Ausnahme bleiben."
Vormalige Bürohochhäuser, Gewerbeeinheiten, Krankenhäuser und Altenheime sollen nun als neues Zuhause für Tausende von Neuankömmlingen dienen. Abzuwarten bleibt, ob clevere Konzepte nachhaltig funktionierende Orte hervorbringen, die über die notwendigen Angebote und Infrastrukturen verfügen, um einer gelungenen Integration in sozial durchmischten Stadtquartieren den Weg zu ebnen.
Welche Rolle hierbei dem Außenraum zukommt, formuliert Christian Jürgensmann. Er sieht den Fokus auf einer durchdachten

Ausstellungen und Termine

Residenzpflicht – Invisible Borders
Die Ausstellung dokumentierte anhand von Modellen, Plänen, Texten, Fotografien und einem kurzen Film die dabei produzierte Geografie mehrfacher Einsperrung und Ausgrenzung, die durch sie verursachte Raumwahrnehmung, aber auch Strategien des Widerstands. Zurzeit sind die Inhalte nur online verfügbar unter invisibleboarders.de.

Baukulturwerkstatt Flucht nach Vorne
Am 10. und 11. März findet die Baukulturwerkstatt „Flucht nach Vorne" in München statt, die sich dem Thema der anhaltenden Zuwanderung und der Integration von Flüchtlingen widmet. Experten aus unterschiedlichen Disziplinen diskutieren aktuelle Lösungsansätze für gutes Planen und Bauen sowie neue Formen des Zusammenwohnens. Es werden realisierte Projekte vorgestellt.

Humanity House Den Haag
In der Ausstellung begeben sich die Besucher auf eine virtuelle Flucht und in die Rolle von Bürgerkriegsflüchtlingen. Eine Erfahrungsreise, die sensibilisieren soll und die eigene Machtlosigkeit erfahrbar macht.
humanityhouse.org

Gestaltung innerhalb des sozialen Wohnungsbaus: „Zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gehört eine adäquate Grünordnung und Freiraumplanung mit dem Ziel, Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen sozialen Bindungsgefügen außerhalb der eigenen vier Wände Freiraum zur Verfügung zu stellen. Er muss zur Begegnung, zum Kennenlernen und zum Erholen dienen und multifunktionale Möglichkeiten zur Aneignung bieten, mit Grabeland und Gemeinschaftsgärten. Neue Quartiere brauchen eine grüne Infrastruktur." Baukultur-Vorsitzender Nagel sieht in der Schaffung nachhaltiger Flüchtlingsunterkünfte im Sinne der Baukultur vor allem die Aufgabe, „neue Problemgebiete zu vermeiden und einer Gettoisierung entgegenzuwirken, auch und gerade mit Hilfe einer Wohnumfeldgestaltung durch integrierte Freiraumkonzepte." Es brauche gut ein- und angebundene Lagen im städtischen und auch ländlichen Raum. Auch Sophie Wolfrum sieht in der Gestaltung des Außenraums einen essentiellen Aspekt des Städtebaus. Dies gelte im Übrigen für alle Stufen der Unterbringung von Geflüchteten, insbesondere, da die Innenräume mit nur sieben Quadratmetern pro Person Standardfläche mehr als knapp bemessen sind und die Wohnverhältnisse in Notunterkünften Stress bedeuten. „Würde die Funktionstrennung von Wohnen und Arbeiten generell aufgehoben werden und wieder mehr gemischt genutzte Quartiere entstehen, würde das natürlich ebenso gute private, urbane und landschaftlich geprägte Freiräume erfordern", so Wolfrum. Ebenso unterstrich BDLA-Vizepräsidentin Burkhardt bei der Auftaktveranstaltung der Netzwerkinitiative „Wohnraum für alle" im November in München die Rolle des Freiraums für die Integration: „An der Qualität des öffentlichen Raumes, der Gemeinsamkeit entstehen lässt oder eben verhindert, entscheiden sich die Möglichkeiten des Kennenlernens und des täglichen Austausches." Der BDLA ist mittlerweile der Initiative beigetreten. Christian Böhm, Vorsitzender des Deutschen Werkbundes Bayern, hat diese zusammen mit sechs Fachkollegen als Beitrag

15. Architektur-Biennale: Reporting from the front

Die diesjährige Architekturbiennale wird vom chilenischen Architekten Alejandro Aravena kuratiert. Nicht nur schön soll seine Architektur sein – sie soll vielmehr einen sozialen Wert entfalten und die, die sie nutzen, zu Co-Akteuren ermächtigen. Die Biennale wird dem Mehrwert von Architektur bei der Lösung der aktuellen globalen Herausforderungen nachgehen. Dabei geht es um neue Ansätze und Impulse, um die Qualität der gebauten Umwelt und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.
Der deutsche Beitrag „Making Heimat. Germany, Arrival Country" (*siehe Seite 42*), kuratiert vom Deutschen Architekturmuseum Frankfurt, wird sich mit der Frage der Integration und den möglichen Beiträgen von Architektur und Städtebau zu diesem Prozess beschäftigen. Ein Call for Projects lief hierzu im November 2015. Das Resultat soll schon in diesen Monaten präsentiert werden, „um einen Informationspool für Planer und Entscheidungsträger zu bilden", so das Museum.
Auch der österreichische Beitrag „Orte für Menschen" reiht sich hier ein und beschäftigt sich mit der Gestaltung leerstehender Immobilien als temporäre Unterkünfte für Flüchtlinge. Interessant ist der Ansatz von Kommissarin Elke Delugan-Meissl, die Projekte in Wien initiiert und dafür bereits drei Wiener Architektur- und Designbüros beauftragt hat. Die Biennale findet vom 28. Mai bis 27. November 2016 in Venedig statt.

picture alliance, ZB, euroluftbild.de

Noch sind Zeltstädte wie hier in Nordrhein-Westfalen als Flüchtlingsunterbringung an der Tagesordnung.

zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gegründet. Die Initiative setzt sich für flexibles, günstiges Bauen und die Entwicklung von Wohnformen ein, die verstärkt auf eine soziale Gemeinschaft setzen. Es soll ein Pool von qualifizierten Konzeptideen, Planungsteams und Firmen entstehen, auf den öffentliche und private Bauherren schnell und zielgerichtet zugreifen können. Politisch und fachlich Verantwortliche sollen in die Konzeptfindung eingebunden werden, „um die Lösungen optimal auf Förderungs- und Genehmigungsbedingungen abzustimmen", so Böhm. Auch Impulse, Anreize und Grundlagen für zukünftige Bauprogramme zu geben, ist sicherlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und macht deutlich, wie wichtig es ist, Netzwerke zu initiieren.
Ende Dezember hat auch der BDLA-Landesverband NRW seine Mitglieder aufgerufen, über die aktuellen Erfahrungswerte zu Zeit- und Kostendruck sowie neue Standards und Qualität im Bereich Wohnungsbau zu berichten.

Wie steht es mit dem Baurecht?

Die Profession hat also den Auftrag verstanden. Bleibt allein die Frage nach konkreten Ideen und der Umsetzbarkeit innovativer Konzepte und neuer Wege. Ist das deutsche Baurecht elastisch genug, um ihnen in die Realität zu helfen? Und können uns Ausnahmeregelungen und Lockerungen davor schützen, dass mühsam errungene Standards der Wohnraumerstellung und Freiraumversorgung dabei nicht über Bord geworfen werden? Die Lockerung von Bau- und Vergaberegelungen soll bisher vor allem das Krisenmanagement der Erstaufnahme erleichtern: Das jüngst beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz sieht ausdrücklich vor, dass die Flüchtlingsunterbringung zu den Belangen des Allgemeinwohls gehört, die eine Befreiung von Festsetzungen eines Bebauungsplans ermöglichen. Dadurch wird es zum Beispiel zulässig, für Stellplätze oder Kinderspielplätze festgesetzte Flächen zukünftig für mobile Unterkünfte zu nutzen. Das neue Recht verkürzt außerdem bei Baugenehmigungen die Beteiligungsfristen für die Naturschutzbehörden und Gemeinden auf nur einen Monat bei Vorhaben im unbeplanten Innenbereich und im Außenbereich. Dr. Florian Hartmann, Geschäftsführer der Architektenkammer NRW, bringt es jedoch hinsichtlich der nachhaltigen Unterbringung auf den Punkt. Es könne bei der dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen „kein ‚Bauplanungsrecht light' geben, das auf zentrale Elemente wie den Schutz bestehender Quartiere und den Schutz des Außenbereichs verzichtet." In diesem Zusammenhang diskutiert die Bundesarchitektenkammer in einem offenen Positionspapier mit dem Titel „Bezahlbarer Wohnraum für alle" unter anderem die Forderung nach qualitativen Freiflächen. Die Bedeutung von „halböffentlichen und öffentlichen Räumen als Freizeit- und Erholungsfläche unter sozialen, physiologischen und psychologischen Aspekten für alle Bevölkerungsgruppen" werde zunehmen. „Zugleich darf die städtebaulich sinnvolle und notwendige Neuschaffung von Freiflächen in den Innenstädten aus klimatischen Gründen und zunehmenden gesundheitlichen Belastungen durch Lärm und Immissionen nicht vernachlässigt werden. Der bauliche Eingriff in bestehende Freiflächen ist sorgsam abzuwägen und unter Berücksichtigung bestehender Naturschutzregelungen im urbanen Stadtraum auszugleichen."
Wichtig ist, dass sich die planenden Berufe auch über Kammern und Verbände stärker in die Diskussion einbringen und bei der Erarbeitung rechtlicher Grundlagen für das Vergabe- und Baurecht noch intensiver mitwirken. Nicht nur in Zeiten der Flüchtlingskrise könnte dabei eine kontinuierliche und kritische Diskussion laufender Verfahren dazu beitragen, die Qualität und Effizienz von Bauprojekten zu verbessern.

In Phasen denken und adäquat handeln

Die unterschiedlichen Unterbringungsphasen – von Notunterkünften in Turnhallen bis hin zur dauerhaften Integration der Flüchtlinge in bestehende beziehungsweise neue Wohnquartiere – erfordern selbstverständlich jeweils andere Schwerpunkte in der Planung. Die Gestaltung des Außenraums in den öffentlichen Ausschreibungen kann hier mal mehr, mal weniger berücksichtigt werden. Die Kommunen müssen dabei möglichst schnell der neuen Ausnahmesituation gerecht werden und dürfen den Aufnahmeprozess durch zähe Abstimmungs- und Planungsprozesse nicht

Best Practice Integration

Magdas Hotel, Wien
Im Frühjahr 2015 eröffnete das Hotel im Wiener Prater-Viertel. Soziales Engagement und Design sollen hier zusammengehen. 20 Flüchtlinge arbeiten mit fünf Hotellerie-Profis und einem Job-Coach. Lanciert wurde das Projekt von der Caritas, den Garten und das Hotel gestalteten 3:0 Landschaftsarchitektur und AllesWirdGut Architektur aus Wien. magdas-hotel.at

Homie, Frankfurt am Main
Homies sind kubusförmige Containerbauten aus Metall und Holz, die eine qualitativ hochwertige Innenausstattung und Grundrisse mit luftigen Zimmern oder großen, offenen Küchen ermöglichen. Je nach kulturellen Bedürfnissen können Grundrisse angepasst und Räume zu gemeinschaftlicher Nutzung integriert werden. Das Modulsystem lässt sich an die bestehenden Quartierstrukturen anpassen, Homies können etwa in Schrebergartensiedlungen aufgestellt oder mit Urban Gardening Projekten kombiniert werden. Neben dem Neubau von Modulen unterstützt die Koordinierungsstelle an verschiedenen Pilotstandorten im Rhein-Main-Gebiet die Kommunen bei der Entwicklung tragfähiger Lösungen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Sie versteht sich als Dienstleister und Gutachter für Kommunen und setzt bei der Integration von Flüchtlingen auf „abgestimmte Planungsprozesse mit der Nachbarschaft". integrierte-fluechtlingsansiedlung.de

Schlesische27, Berlin
Das Kulturhaus Schlesische27 in Kreuzberg versteht sich als Kunstlabor für junge Leute und bietet unter anderem eine Gärtnerei. Gründerin Barbara Meyer widmet sich seit über 30 Jahren der ästhetischen Bildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Finanziert wird das Projekt vom Land Berlin und einem Förderverein. Als außerschulische Bildungseinrichtung betreibt das Projekt zahlreiche Kooperationen mit Berliner Schulen unter Beteiligung lokaler und internationaler Partner aus Kunst und Kultur. schlesische27.de

„Wir brauchen Regeln und Qualitätsstandards"

Irene Burkhardt, Vizepräsidentin des BDLA, meint: Landschaftsarchitekten müssen von Beginn an mit ins Boot, wenn es um Auswahl und Qualifizierung von Standorten für Flüchtlingsunterkünfte geht.

Frau Burkhardt, Langzeitunterkünfte für Flüchtlinge brauchen qualifizierten öffentlichen Raum. Hat der Bund schon Kontakt zum BDLA gesucht?
Irene Burkhardt: Auf Ministeriumsebene nicht, allerdings haben Gespräche mit Abgeordneten der Regierungsfraktionen stattgefunden, in denen das Thema angesprochen und ihm hohe Bedeutung zugemessen wurde.

Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz macht zu Freiräumen kaum Angaben...
B: Es gibt eine kurze Einspruchsfrist von einem Monat durch die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Behörde. Für qualifizierte und nachhaltige Entscheidungen sollte die Fachkompetenz der Landschaftsarchitekten in jedem Fall auch von Beginn an die Standortauswahl und -qualifizierung mitbestimmen. Die in der Praxis bewährte Ausgleichsflächenregelung unterstützt ein flexibles Vorgehen, um die notwendigen Freiräume auch im städtebaulichen Kontext zu qualifizieren.

Die Stadt München hat einen sogenannten STAB eingerichtet, der Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen auswählt. Wie wird hier das Grünflächenamt involviert?
B: Es gibt eine Taskforce für Unterkünfte zur Erstaufnahme. Die Vorschläge werden begutachtet und begleitet von der Grünplanung auf der Ebene der Stadtplanung. Kriterien sind die Verfügbarkeit notwendiger Freiräume sowie der Schutz vor negativen Auswirkungen auf bestehende Freiräume. Da man richtigerweise davon ausgeht, dass es sich bei der Entwicklung dieser Standorte langfristig um „normale Wohngebiete" handeln wird, sind gut erreichbare Freiräume und Raum für soziale Infrastruktur unabdingbare Voraussetzung.

Eine weiterer wichtiger Punkt ist das Vergaberecht. Sollten wir da grundsätzlich neu denken? Braucht es gar einen Verzicht auf förmliche Vergabeverfahren?
B: Vordringlich erscheint mir die Entwicklung von Regeln und Qualitätsstandards, die unterschiedliche Standortsituationen und Nutzeranforderungen berücksichtigen.

Muss es auch bauplanerische Änderungen geben?
B: Ja, wichtig wäre zum Beispiel die Möglichkeit, für die notwendige Wohnnutzung innerhalb eines Gewerbe- oder Wohngebiets Parzellenzuschnitte oder Wegeanbindungen zu verändern, um eine der Nutzung angemessene Freiraumsituation zu schaffen. Dies betrifft auch die Integration von notwendiger Infrastruktur wie zum Beispiel Schulen.

Das Interview führten Andra Lichtenstein und Flavia Alice Mameli.

Universitäten, Think Tanks und Stiftungen als Impulsgeber

Die Flüchtlingszuwanderung zwingt Ämter und Behörden zunehmend auch unkonventionelle Lösungen in Betracht zu ziehen. Universitätsprojekte und Forschungsgruppen werden immer öfter als zukunftsweisende Think Tanks ernstgenommen. Ihre Ideen könnten schon bald in die Verwaltungsarbeit einfließen. Frische Konzepte sind begehrt, um kostengünstig eine qualitätsvolle Wohnperspektive für Asylbewerber und Migranten bieten zu können. Ralf Pasel, Professor für Architektur an der TU Berlin und Partner im Projekt „Home not Shelter!", fordert, es müsse generell weiter gedacht werden – frei von Auflagen und Gesetzesregelungen. Auch wenn der Maßstab die Realität bleiben muss. Lösungen für Parkhäuser und Baulücken, neu gedachte Schrebergärten, eine Nachnutzung des Expo-Pavillons oder die Aufstockung der Fakultätsgebäude an der Universität Hannover waren die Ergebnisse eines Semesterprojekts mit dem Titel „Refugees Welcome". Die Arbeiten wurden vertiefend bearbeitet und von einer Jury bewertet. Zehn Projekte werden in den nächsten Monaten bis zur Baureife weiterentwickelt. Im Anschluss sollen die Arbeiten als Prototypen auf dem Gelände der Fakultät Architektur und Landschaft der Leibniz Universität gebaut und auch bezogen werden. Es gibt Ateliers für Studierende im Erdgeschoss, Flüchtlingsunterkünfte im Obergeschoss und Gemeinschaftsräume für ein besseres Miteinander.

An dieses Projekt knüpft „Home not Shelter!" an, das sich im Wintersemester 2015/16 mit dem gemeinschaftlichen Wohnen von Studierenden und Migranten auseinandersetzt. Die Ergebnisse sind in München auf der Creative Business Week (20. bis 24. Februar 2016) zu sehen. Am Projekt sind auch vier syrische Architekturstudenten beteiligt. Die Hans Sauer Stiftung fördert das Projekt. Um Forschung und Praxis noch besser zu verknüpfen, haben sich jüngst die Initiative „Wohnraum für Alle" (siehe Text) und das Hochschulprojekt „Home not Shelter!" zusammengeschlossen. Am 5. März ist von den Initiativen eine große Wohnraum-Konferenz in der Gaszählerwerkstatt der Stadtwerke München geplant.

Ohne Zweifel lassen sich an den Universitäten, vor allem in Kooperation mit gut vernetzten Stiftungen und wirtschaftlichen Förderern, innovative Pilotprojekte starten, die dann auch außerhalb des universitären Kontextes weiterentwickelt werden können. Neue Forschungsansätze sollten deshalb auf stufenweisem Wachstum und der Option auf unabhängiges Weiterarbeiten beruhen. Die Idee des „Service-Learnings" könnte für die Architektur gerade bei diesem Thema eine gute Schnittstelle sein, so Ralf Pasel.

zusätzlich verlangsamen und erschweren. Deshalb muss früh die Notwendigkeit der Gestaltung von Außenanlagen beachtet werden. Wegen der Eilbedürftigkeit und der schleppenden Bereitstellung von Grundstücken hat Hermann Josef Pohlmann, Abteilungsleiter Hochbau der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, einen „Typenentwurf" auf Grundlage der Raum- und Funktionsanforderungen einer Flüchtlingsunterkunft fertigen lassen, der nun an diversen Standorten gebaut werden soll: also kein individueller Entwurf, sondern ein universeller Typ. Für die Freianlagen gibt es ein „Raum- und Funktionsprogramm" mit typisierten Entwurfselementen, die überall Anwendung finden können. Über Chancen und Tücken des Bauens mit Typenentwürfen gibt es einen reichen Erfahrungsvorlauf, nicht zuletzt aus der ehemaligen DDR. Achim Freund, Projektmanager bei Assmann Beraten + Planen, hat 2015 mehrere solcher typisierten Projekte im Großraum Hamburg realisiert: „Die Lockerungen des Baurechts helfen uns sehr wirksam bei der Planung und Realisierung. Parallel dazu ist bei unseren sehr kurzen Planungszeiten sehr wichtig, dass die Anwohner rechtzeitig und umfassend darüber informiert werden, was Neues in ihrer Nachbarschaft entstehen wird. Eine hohe Aufenthaltsqualität der Außenräume kommt nicht nur den neuen Bewohnern zugute, sondern verknüpft Altes mit Neuem."

Man muss kein Planer sein, um zu verstehen, dass Wohnungsbau und Freiraumgestaltung künftig einschließlich der erforderlichen Sozialeinrichtungen wie Kitas und Schulen noch leidenschaftlicher und intensiver als bislang als integrierte Konzepte gedacht werden müssen. Ein komplexes Herangehen und Vorgehen ist auch aus Sicht des BDLA von zentraler Bedeutung, „um potenziellen Nutzungskonflikten durch eine angemessene Ausstattung mit Freiräumen vorzubeugen und der Integration den notwendigen ‚Frei-Raum' zu geben."

Jüngste Veröffentlichungen über laufende Planungen wie etwa im *Spiegel 52/2015* („Nie wieder Schlamm-Camp") machen deutlich, dass im vergangenen Jahr einiges in Bewegung gekommen ist. Seit langem war es nicht so spannend und so angebracht, sich mit der Zukunft des Sozialen Wohnungsbaus zu beschäftigen und Visionen eines solidarischen und nachbarschaftlichen Zusammenlebens öffentlich zu verhandeln. Die Gestaltung des Freiraums muss dabei eine entscheidende Rolle spielen. Die Bereitschaft, neue Wege zu beschreiten, scheint – jedenfalls von Seiten der Gestaltungsdisziplinen – groß.

Robert B. Fishman, dpa picture alliance

Karger Freiraum zwischen Wohncontainern und Häusern einer Flüchtlingsunterkunft in Bochum.